

Protokoll der

18. öffentlichen Sitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Dienstag, dem 19. November 2002

im Bürgerhaus Rodheim

<i>Beginn der Sitzung:</i>	<i>20:05 Uhr</i>
<i>Ende der Sitzung:</i>	<i>21:10 Uhr</i>
Zuhörer:	10
Schriftführer:	Herr Kraus

Anwesende Stadtverordnete:

CDU:

1. Albrecht, Oliver
2. Becker, Hans
3. Biedenkapp, Frank
4. Fischbach, Gerhard
5. Haupt, Emmi
6. Karehnke, Regina
7. Krogmann, Erika
8. Lamping, Christian
9. Paduch, Harry
10. Philippbaar, Astrid
11. Saenger, Hartmut
12. Schnabel, Henrik
13. Schneiderbauer, Johann Baptist
14. Veen, Wulf-Berend

SPD:

1. Czerney, Peter
2. Dr. Rathjens, Hans Peter ab 20:25h
3. Launhardt, Dieter
4. Meincke, Joachim
5. Merz, Bernhard
6. Merz, Irina
7. Metz, Dieter
8. Sill, Heinz
9. Stengel, Christian
10. Zeidler, Reinhard

FWG:

1. Fornoff, Gerda
2. Groetsch, Paul
3. Moscherosch, Hans-Albert
4. Romeike, Frank
5. Sehr, Günter
6. Soff, Walter

puR:

1. Launhardt, Cornelia
2. Schön, Norbert
3. Wyrwoll, Herbert

FDP:

1. Dr. Korger, Lothar
2. Hoffmann, Volker

Nichtanwesende Stadtverordnete:

Förster, Hans-Jürgen
Altvater, Marion

Vom Magistrat waren anwesend:

Bürgermeister Brechtel, Detlef
Stadtrat Datz, Wolfgang
Stadtrat Götz, Hans
Stadtrat Prof. Dr. Lamping, Heinrich
Stadtrat Schöniger, Arndt
Stadträtin Kuhlmann, Mechthild

Vom Magistrat waren nicht anwesend:

Erster Stadtrat Müller, Edgar

Die Stadtverordnetenvorsteherin, Frau Krogmann, eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, indem sie alle Anwesenden herzlich begrüßt. Sie weist darauf hin, daß die Sitzung mit Ladung vom 8. November 2002 ordnungsgemäß form- und fristgerecht eingeladen wurde und daß mit der Einladung die Tagesordnung zugestellt wurde. Des weiteren stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, daß die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Änderungswünsche bezüglich des Protokolls der 17. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ergeben sich nicht. Es ist somit angenommen.

Aus der Beratung des Ältestenrates wird vorgeschlagen die Tagesordnungspunkte 3 und 4 in der Tagesordnung A en-bloc abzuhandeln.

Dies wird von der Stadtverordnetenversammlung angenommen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Kleine Anfragen
3. Waldwirtschaftsplan 2003
hier: Beratung und Beschlussfassung
4. Bauleitplanung der Stadt
hier: Bebauungsplan Nr. NR/11 „Rodheimer Strasse“ mit integriertem naturschutzfachlichem Gutachten (Landschaftsplan)
- Aufstellungsbeschluss –
5. Antrag der puR-Fraktion vom 05. November 2002
hier: Einführung einer Baumschutzsatzung
6. Antrag der SPD-Fraktion vom 05. November 2002
hier: Resolution zur Politik der Hessischen Landesregierung
7. Anfrage der SPD-Fraktion vom 05. November 2002
hier: Planungskosten der abgesetzten Investitionsmaßnahmen
8. Anfrage der SPD-Fraktion vom 05. November 2002
hier: Steuerung der Ampelanlage „Knoten Mitte“ und „Dieselstrasse/Rodheimer Strasse“

Zu TOP 1	Mitteilungen
-----------------	---------------------

Stadtverordnetenvorsteherin:

--

Bürgermeister:

Der Bürgermeister verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen. Weiterhin teilt der Bürgermeister folgendes mit:

Bis zum Ende des Jahres ist mit weiteren Grundstücksverkäufen nicht zu rechnen, so dass wir hier weniger Einnahmen wahrscheinlich festzustellen haben. Andererseits haben wir den ursprünglich angenommenen Sollfehlbetrag in Höhe von 600.000,-- Euro durch Einsparungen wegdrücken können. Unter dem Strich hat sich mehr oder weniger nichts geändert.

Wir haben den Sollfehlbetrag durch weniger Ausgaben im Verwaltungshaushalt im Personal- und sonstigen Ausgabenbereich abdecken können aber zur Gegenfinanzierung die noch vorhandenen Grundstücksgeschäfte nicht tätigen können. Unter dem Strich sind keine Veränderungen zur Finanzsituation Oktober zu verzeichnen. Es sei denn, man rechnet die nicht verkauften Grundstücke vermögensrechtlich hinzu. Dann hätten wir vermögens theoretisch Finanzausgleich. Dies ist keine sehr tröstliche Aussage.

Zu der Einsparungssituation: Wir wollen den Ist-Bestand bis Ende nächsten Jahres um rund 8 Stellen (keine Planstellen sondern Ist-Stellen) einsparen um die notwendigen Einsparungen im Verwaltungshaushalt vorweisen zu können. Dies bedeutet ein Einsparungspotenzial von rund 250.000,-- – 300.000,-- Euro.

Hinweisen möchte ich auch auf folgendes. Wir werden im kommenden Jahr noch eine Durststrecke bei den Schlüsselzuweisungen und bei den zu zahlenden Umlagen durchlaufen müssen. Werden aber aufgrund des Finanzausgleichs im Jahre 2004 mit Mehreinnahmen, weniger Ausgaben, Schlüsselzuweisungen und Landeszuwendungen in Höhe von 1,4 Millionen Euro rechnen können.

Die Gegenrechnung soll auch noch im Grunde verdeutlichen, dass wir veräußerbare Grundstücke in der Größenordnung von 4 Millionen Euro haben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass wir davon ausgehen in diesem Jahr die Restgrundstücke nicht veräußern, jedoch im nächsten Jahr anstehen. Ich gehe mal davon aus, dass wir im kommenden Jahr zum Frühjahr Verkaufserlöse erzielen, so jedenfalls die Verhandlungen die wir mit Interessenten geführt haben. Im Moment kauft niemand Grundstücke, weil er sie im Moment nicht vermarkten kann. Im Frühjahr wird das Spiel wieder eröffnet und wir gehen eigentlich davon aus, dass wir dann einen Teil der Grundstücke veräußern können. Fazit: Unterm Strich hat sich nichts geändert, es sei denn man rechnet den Kapitalerhalt hinzu.

Im Übrigen rechnen wir 2004 mit Mehreinnahmen von 1,4 Millionen Euro, ohne dass sich die Wirtschaftssituation verbessern muss. Das sind also gesetzlich zustehende Beträge, die uns zufließen. Damit ist für die kommende Zeit mit der Abdeckung des Verwaltungshaushaltes zu rechnen. Ist-Ziel im kommenden Jahr sind 8 Ist-Stellen weniger, bis Ende nächsten Jahres 10 Ist-Stellen.

Damit haben der Magistrat und die Verwaltung über die Maße das getan, was in der jetzigen Wirtschaftssituation zu tun ist und alle Möglichkeiten ausgeschöpft unseren Haushalt noch halbwegs vernünftig zu finanzieren.

Die neuen Zahlen zu den Steuereinnahmen liegen zwischenzeitlich vor. Die Botschaft die die Zahlen vermitteln ist nicht positiv. Auf der Grundlage dieser Zahlen wollen wir Ihnen am 10.12.02 den Haushalt für das Jahr 2003 vorlegen und auch die Finanzierung des Haushalts im Einzelnen erläutern. Für Optimismus was die Steuereinnahmen betreffen gibt es kein Raum. Im Jahre 2003 werden wir noch mal ein finanzielles Tief durchschreiten müssen und dann aber im Jahre 2004, ohne dass dies wirtschaftsabhängig ist, mit einer Mittelzuweisung oder Einsparung von insgesamt 1,4 Millio-

nen Euro die Mehrkosten oder die nicht gedeckten Kosten im Verwaltungshaushalt in jedem Falle abfangen können.

Dies tröstet uns allerdings nicht für 2003. Hier müssen wir noch ein paar Einsparungsmöglichkeiten ausschöpfen um halbwegs über die Runden zu kommen. Immer unter der Annahme, dass es nicht im Sommer zu einer wirtschaftlichen Erholung kommt. Aber da Glaube ich im Moment nicht daran. Was ich hier Vortrage geht eigentlich davon aus, dass wir in den öffentlichen Kassen von einem Wirtschaftsaufschwung im kommenden Jahr wohl nichts spüren werden.

Haupt- und Finanzausschuß:

--

Sozial-, Sport- und Kulturausschuß:

--

Umwelt- und Planungsausschuß:

Herr Schneiderbauer berichtet aus dessen Sitzungen vom 06.11.02 und 07.11.02
Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

Neubau der Rosbacher Grundschule in der „Feldpreul“
hier: Vorlage des Vorentwurfes

Wirtschaftsplan 2003

Zu TOP 2	Kleine Anfragen
-----------------	------------------------

Dieser TOP wird nicht protokolliert.

Tagesordnungspunkte 3 und 4 in Tagesordnung A en-bloc

Zu TOP 3	Waldwirtschaftsplan 2003 <u>hier:</u> Beschlussfassung
-----------------	---

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Waldwirtschaftsplan 2003 in der Entwurfsfassung vom 29. Oktober 2002.

Die Einnahmen im Verwaltungshaushalt 2003 werden auf 352.835,00 €, die Ausgaben im Verwaltungshaushalt auf 347.775,00 € und die Ausgaben im Vermögenshaushalt 2003 auf 2.500,00 € festgesetzt. Das Gesamtvolumen beläuft sich somit in der Einnahme auf 352.835,00 € und in der Ausgabe auf 350.275,00 €.

Zu TOP 4	Bauleitplanung der Stadt Rosbach v.d.Höhe <u>hier:</u> Bebauungsplan Nr. NR/11 „Rodheimer Straße“ mit integriertem naturschutzfachlichem Gutachten (Landschaftsplan) -Aufstellungsbeschluss-
-----------------	---

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. NR/11 „Rodheimer Straße“ mit integriertem naturschutzfachlichem Gutachten (Landschaftsplan) für den Bereich Gemarkung Nieder-Rosbach, Rodheimer Straße 56.

Das Gebiet besteht aus den Grundstücken Gemarkung Nieder-Rosbach Flur 1, Flurstück-Nr. 389/2, 390/1, 394/1, 963/2, 428/1, 406/1. Es liegt unmittelbar im Bereich der Rodheimer Straße / Ecke Rosenstraße.

Die Zielvorgabe für dieses Gebiet lautet: Umwandlung des landwirtschaftlichen Betriebes in Wohnbaufläche mit dem gleichzeitigen Ziel der Umsiedlung des landwirtschaftlichen Betriebes.

Abstimmung der Tagesordnungspunkte 3 und 4 in Tagesordnung A en-bloc

Abstimmungsergebnis	<i>Gesamt</i>	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Ja-Stimmen	34	14	9	6	3	2
Nein-Stimmen	--	--	--	--	--	--
Stimmenthaltung	--	--	--	--	--	--
Top 3 beschlossen						
Top 4 beschlossen						

Zu TOP 5	Antrag der puR-Fraktion vom 05. November 2002 <u>hier: Einführung einer Baumschutzsatzung</u>
-----------------	--

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf einer Baumschutzsatzung für die Stadt Rosbach zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag auf Überweisung an den Umwelt- und Planungsausschuss.

Abstimmung SPD-Antrag:

Abstimmungsergebnis	<i>Gesamt</i>	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Ja-Stimmen	15	--	10	--	3	2
Nein-Stimmen	20	14	--	6	--	--
Stimmenthaltung	--	--	--	--	--	--
SPD-Antrag abgelehnt						

Abstimmung puR-Antrag:

Abstimmungsergebnis	<i>Gesamt</i>	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Ja-Stimmen	13	--	10	--	3	--
Nein-Stimmen	20	14	--	6	--	--
Stimmenthaltung	2	--	--	--	--	2
puR Antrag abgelehnt						

Zu TOP 6	Antrag der SPD-Fraktion vom 05. November 2002 <u>hier: Resolution zur Politik der Hessischen Landesregierung</u>
-----------------	---

Widerstand gegen kommunalfeindliche Politik der Landesregierung

Die kommunalfeindliche Politik der Landesregierung muss öffentlich gemacht werden. Deshalb beschließt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach folgende

Resolution:

Im Landeshaushalt 2003 sinkt der kommunale Finanzausgleich -wichtige Finanzierungsgrundlage der kleinen und finanzschwachen Kommunen - um 1,8 Prozent, obwohl das Steueraufkommen des Landes um 0,8 Prozent ansteigt. Infolgedessen sinken die den Kommunen zustehenden Schlüsselzuweisungen des Landes um 9,5 Prozent auf das Niveau von 1992!

Wiederum sollen den Kommunen - wie in den beiden Vorjahren - 50 Mio Euro entzogen werden. Mit den vorenthaltenen Verstärkungsmitteln für die Betriebskosten der Kindergärten fehlen den Kommunen damit über 350 Millionen Euro. Das geplante Plus von 5,8 Mio Euro für Kindergartenbetriebskosten ist Etikettenschwindel, weil voll aus dem Topf der Kommunen finanziert und keine zusätzliche Leistung des Landes. Zusätzlich werden die Ansätze für den ÖPNV und die Dorferneuerung weiter gekürzt und das schon drastisch gestrichene Programm für Abwasseranlagen und den Hochwasserschutz nur auf niedrigstem Niveau weitergeführt. Mit einer Investitions-

quote, die im Landeshaushalt insgesamt deutlich unter 10 Prozent liegt, wird der dringend notwendige konjunkturelle Anschlag in Hessen völlig verfehlt.

Stattdessen trickst der Finanzminister bei der Neuordnung des Investitionsfonds, der als stille Einlage an die Landesbank Hessen-Thüringen übertragen werden soll. Dieser Fonds wurde zu knapp 80 Prozent (920 Mio Euro) aus kommunalen Mitteln und etwas mehr als zwanzig Prozent (256 Mio Euro) aus Landesmitteln aufgebaut. Diesem Fonds entnimmt der Finanzminister 200 Mio Euro, um seinen Haushalt auszugleichen und leitet nur die Hälfte statt 80 Prozent in die kommunale Finanzausgleichsmasse, die vorher schon um mehr als 50 Mio Euro gekürzt wurde. Das ist ein dreister Griff in den Geldbeutel der Kommunen und dämlich noch dazu, weil Vermögen zur Finanzierung laufender Ausgaben unwiederbringlich verschleudert wird, statt den Kommunen aus dem Investitionsfond zinsgünstige Darlehen zu bewilligen und das Investitionskapital zu erhalten.

Derart schwerwiegende Eingriffe in den Kommunalen Finanzausgleich, die zu einem weiteren Ausbluten der Landkreise, Städte und Gemeinden führen, hat es in der Geschichte des Landes in dieser Form noch nicht gegeben. Es ist offenkundig: der Ministerpräsident ist mit den bei seiner Wahl gemachten Versprechungen gescheitert.

Abstimmungsergebnis	<i>Gesamt</i>	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Ja-Stimmen	13	--	10	--	3	--
Nein-Stimmen	22	14	--	6	--	2
Stimmhaltung	--	--	--	--	--	--
SPD Antrag abgelehnt						

Zu TOP 7	Anfrage der SPD-Fraktion vom 05. November 2002 <u>hier:</u> Planungskosten der abgesetzten Investitionsmaßnahmen
-----------------	---

Anfrage und Beantwortung liegen schriftlich vor und sind dem Protokoll beigelegt.

Zu TOP 8	Anfrage der SPD-Fraktion vom 05. November 2002 <u>hier:</u> Steuerung der Ampelanlage „Knoten Mitte“ und „Dieselstrasse/Rodheimer Strasse“
-----------------	---

Anfrage und Beantwortung liegen schriftlich vor und sind dem Protokoll beigelegt.

(Krogmann)
Stadtverordnetenvorsteherin

(Kraus)
Schriftführer